

Kohlendioxid-Speicherungs-Gesetz - CCS

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesratsmitglieder,

wir – die Schleswig-Holsteinische Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager – haben uns in den vergangenen zwei Jahren sehr weitreichend über CCS und seine weitreichenden Risiken informiert.

CCS ist eine Hochrisiko-Technologie mit gigantischen Dimensionen, die keine Versicherung versichern will.

- Sie dürfen daher nicht zulassen, dass Deutschland zum CO₂-Endlager Europas wird, denn **mehr als 408 CO₂-Endlager** sind möglich unter circa der Hälfte der Fläche der Bundesrepublik, in die Milliarden Tonnen CO₂ verpresst werden sollen. Dieses ist kein reines CO₂, sondern enthält **hunderte Millionen Tonnen Quecksilber, Blei, Arsen, Dioxine usw.** Man geht von einer Rest-Schadstoffmenge von 5% aus.

Sie dürfen auch nicht zulassen, dass in den Meeresboden der **gesamten deutschen Nordsee** Milliarden Tonnen kontaminiertes CO₂ verpresst werden. Die Nordsee ist die „Kinderstube“ für fast alle Fische des Atlantiks – eine unweigerliche Versauerung hätte Auswirkungen auf die Welternährung.

Der Platz unter der gesamten deutschen Nordsee würde für drei Milliarden Tonnen CO₂ reichen – so viel stoßen deutsche Kohlekraftwerke in weniger als zehn Jahren aus. Nach der EU-Richtlinie muss allen Mitgliedsstaaten „diskriminierungsfreier“ Zugang zu den Pipelines gewährt werden, so dass die Kapazitäten unter der deutschen Nordsee noch schneller erschöpft wären.

Das Verpressen von CO₂ zur Ausbeutesteigerung von Öl- und Gaslagerstätten (EOR und EGR) ist ebenfalls geplant und eine Gefährdung des Weltnaturerbes Wattenmeer.

Im Auftrag der EU-Kommission wurde bereits ein transeuropäisches CO₂-Pipelinennetz entwickelt (siehe Links).

CCS gefährdet das Menschenrecht auf sauberes Wasser in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt und zwar für Jahrhunderte. **Die sichere und qualitativ hochwertige Wasserversorgung ist ein wichtiges Kriterium für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft (LANU SH).**

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen, das Umweltbundesamt, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), viele andere namhafte Wissenschaftler und Institutionen und fast alle Umweltverbände (außer WWF) sagen: **CCS ist sehr riskant, sehr teuer und nicht erforderlich oder schadet dem Klima sogar.** Das DIW geht davon aus, dass die Stromkosten um bis zu 92 % steigen. Die nun geplante zusätzliche Entsorgung in den Meeresboden wird noch teurer.

Bereits die sogenannten „Demonstrationsanlagen“ erfordern Milliarden-Investitionen. Sind diese „Demonstrationsanlagen“ erst einmal genehmigt, haben die Stromkonzerne nach EU-Recht automatisch Anspruch auf eine großindustrielle Endlagerungsgenehmigung, wenn diese „Demonstrationsvorhaben“ 2017 als „dicht“ bezeichnet werden - wohlgemerkt: bereits **2017 – 1 Jahr nach Beendigung der Antragsfrist** für die Demonstrationsanlagen!

Als Beleg für die Sicherheit der im Gesetzentwurf vorgesehenen „Demonstrationsanlagen“ werden Computersimulationen und die Pilotanlage im brandenburgischen Ketzin angeführt. Michael Kühn vom Deutschen GeoForschungsZentrum (GFZ) und Leiter der Anlage in Ketzin berichtete auf dem CCS-Kongress am 28.03.2011 von „einem weltweit einzigartigen multidisziplinären Überwachungskonzept“ und „einer sicheren und verlässlichen Speicherung seit Juni 2008 von mittlerweile 47.000 t CO₂“. In **fast 3 Jahren wurden dort also 47.000 t (reines) CO₂ verpresst. 47.000 t sind für eine sogenannte „Demonstrationsanlage“ in 6 Tagen erlaubt** (3 Mio. t/Jahr = 8.200 t/Tag). **Allein in Jämschwalde fallen täglich 65.000 t an!**

Es fällt auf, dass kein Wissenschaftler sich festlegt und mit seinem Namen für die Sicherheit der Demonstrationsanlagen unterschreiben möchte. Selbst die Schleswig-Holsteinische Landesregierung gibt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage zu, dass möglicherweise „einzelne Brunnen“ geschlossen werden müssten; sie „gehe aber nicht von einer flächenhaften Grundwasserversalzung in Folge einer CO₂-Verpressung aus“.

Dänemark hat kürzlich die Pläne des Konzerns Vattenfall gestoppt, ein CO₂-Endlager in Jütland zu errichten. Dänemark will zunächst bis 2020 die Erfahrungen anderer Länder abwarten.

In Norwegen wurden alle CCS-Projekte eingestellt, weil sich die Kosten schon für die Abscheidung vervielfacht hatten und nachdem festgestellt wurde, dass Amine, mit denen das CO₂ aus dem Rauchgas abgeschieden wird, hochgiftig sind und ein erhöhtes Krebsrisiko für die Beschäftigten mit sich bringen.

Auch in Deutschland wird in Pilot-Abscheideanlagen CO₂ mit Hilfe von Aminen abgeschieden: EnBW benutzt Amine bei der Abscheide-Pilotanlage in Heilbronn, E.on, z.B. bei der Abscheide-Pilotanlage Staudinger.

Welche Lösungsmittel E.on in Wilhelmshaven verwendet, RWE bei der Pilot-Abscheideanlage in Niederaußem und Vattenfall in Jänschwalde ist nicht bekannt. In dem Gesetzentwurf wird zwar schon der Pipelinebau, nicht aber die CO₂-Abscheidung geregelt.

Leider ignorieren die Bundesregierung und CCS-Befürworter zahlreiche Studien, u. a. die des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung, des Umweltbundesamtes, des Wuppertal-Institutes und vieler weiterer Institute und Wissenschaftler, **die eine Energiewende bis spätestens 2050 ohne zusätzliche Kohlekraftwerke CCS und ohne Atomkraftwerke empfehlen.**

Gegen die CCS-Technologie ausgesprochen haben sich ferner: das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Gemeinden, Ämter, Kreise, alle Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kirchen, Bauernverbände, die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft, die Norddeutsche Wasserwirtschaft im BDEW, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste, die Insel- und Halligkonferenz, fast alle Umweltverbände (außer WWF) usw. usw.

Was wir statt eines CCS-Gesetzes brauchen, ist der Wille der Politik zur Energiewende, verbunden mit Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Die Mehrheit der Bundesbürger ist dazu bereit.

Die zahlreichen Stellungnahmen zum CCS-Kabinettsentwurf zeigen, dass die sogenannte „Länderklausel“ die Bundesländer nicht in die Lage versetzt, CO₂-Endlager auf ihrem Gebiet bzw. unter der Nordsee zu verhindern.

Die Länderklausel hat sowieso nur Gültigkeit bis 2017. Außerdem macht das CO₂ vor keinen Ländergrenzen halt, geschweige denn vor Bundesländergrenzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der Demokratie und in Verantwortung für zukünftige Generationen bitten wir Sie: Lehnen Sie CO₂-Endlager in der Bundesrepublik ab. **Gemäß Artikel 4 der EU-Richtlinie kann die Bundesrepublik CO₂-Endlager auf ihrem gesamten Hoheitsgebiet verbieten.**

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Rensink
Vorsitzender

Anlage: Karte mit potentiellen Speichergebieten (grüne Flächen)

Quellen/Links:

EU-Planungen:

<http://www.geos.ed.ac.uk/sccs/Pipeline-scoping-CCS-Europe-Arup.pdf>

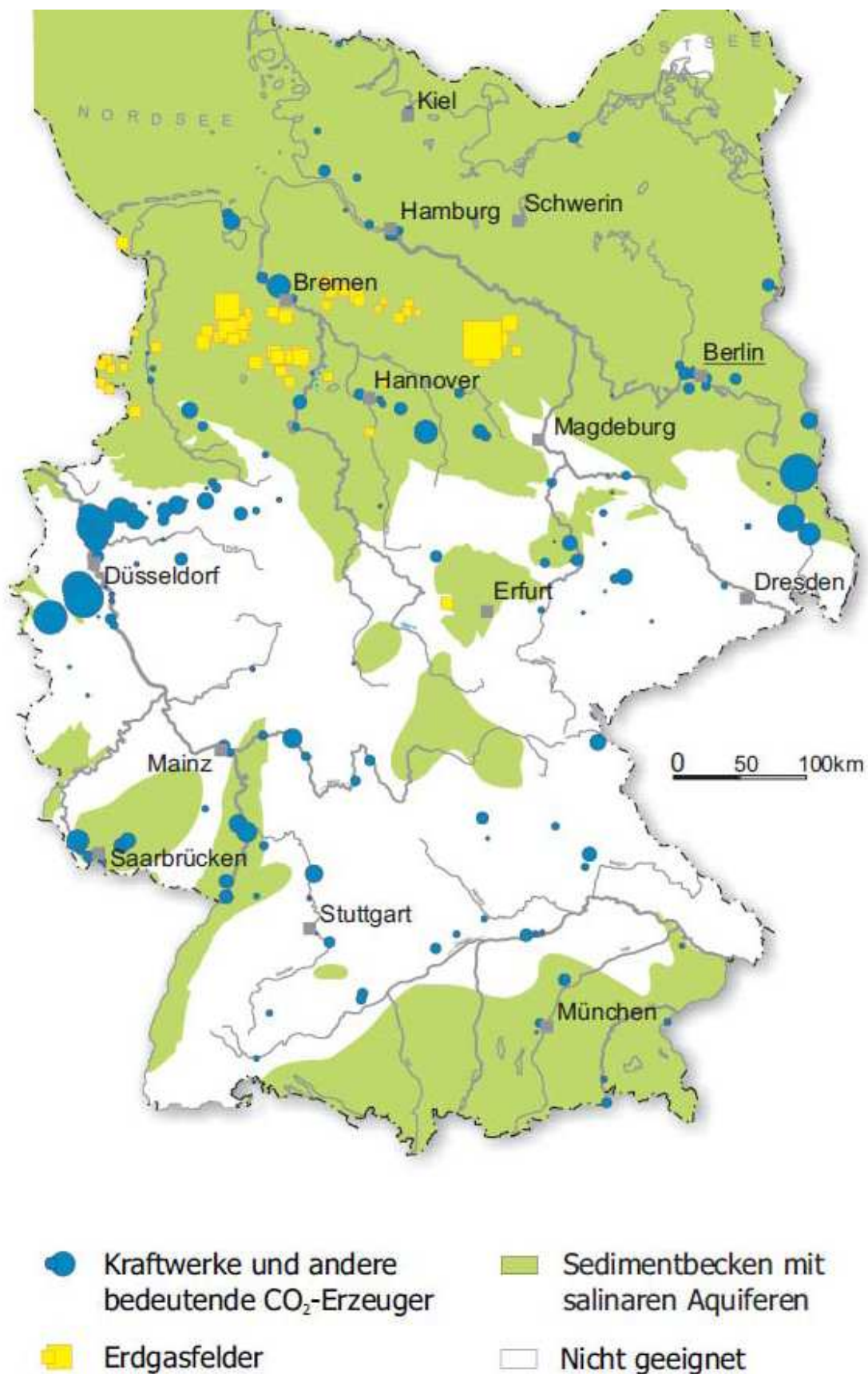
<http://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/111111111/15100/1/Idna24565enn.pdf>

EU plant Ölboom mit Klimakiller:

<http://www.energlobe.de/index.php?id=386&type=100#431:5:0:0:0>

Öl- und Gaskonzerne sind die Treiber der CCS-Technologie

<http://www.energlobe.de/index.php?type=100&id=787#787:5:0:0:0>



Regionale Verteilung von potentiellen Wirtsgesteinen für CCS-Speicher in Deutschland. Quelle: BGR (2010e); Darstellung entnommen aus: Geologische Kurzstudie zu den Bedingungen und möglichen Auswirkungen der dauerhaften Lagerung von CO₂ im Untergrund vom 18.10.2010, erstellt im Auftrag des BUND von Dr. habil. Ralf E. Krupp